

Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Neuste Entwicklungen mit einschneidenden finanziellen Folgen für die Stadt Bern

Die Wirtschaftskrise hat auch die Schweiz und auch die Stadt Bern gepackt. Die Krise wird vermutlich einen Ausfall der Steuereinnahmen mit sich bringen. Zudem hat der Grossrat in der Novembersession 2009 in erster Lesung eine Steuergesetzrevision beschlossen, die das kantonale Parlament in der Märzsession 2010 fertig beraten wird. Sollte der Grosse Rat bei seinen Beschlüssen bleiben, resultierten für die Gemeinden insgesamt jährliche Mindererträge von 116 Millionen Franken. Allein für die Stadt Bern wird diese Steuerreduktion zu Mindererträgen von vermutlich 15 Millionen Franken pro Jahr führen. Weiter sieht die vorberatende Kommission des Grossrates eine Reduktion bei der Vermögenssteuer vor, welche die Einnahmen des Kantons um 21.5 Millionen Franken, bei den Gemeinden um 11.3 Millionen Franken reduzieren würde.

Die Steuergesetzrevision wird auch für die anderen Gemeinden einen Rückgang der Steuereinnahmen und damit erhebliche finanzielle Konsequenzen zur Folge haben. Deshalb sollte der Gemeinderat mit anderen Gemeinden in Kontakt treten, um eine gemeinsame Strategie zu definieren.

Um die Folgen des oben erwähnten Steuerausfalls abzuschätzen, bitten wir den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch werden die Steuerausfälle für die Stadt Bern, wenn die kantonale Steuergesetzrevision – gemäss aktuellem Informationsstand – realisiert wird?
2. Welche finanziellen Konsequenzen wird der Steuerausfall in der Stadt Bern haben?
3. Beabsichtigt der Gemeinderat, sich mit anderen Gemeinden in Verbindung zu setzen, um die Folgen des Steuerausfalls gemeinsam anzugehen bzw. allenfalls eine solche Steuerreduktion zu bekämpfen?
4. Wie sehen die Steuereinnahmen der Stadt Bern für 2010 aus, bzw. mit welchen Ausfällen gegenüber dem Budget 2010 ist bei den natürlichen und juristischen Personen zu rechnen?

Begründung der Dringlichkeit:

Da der Grossrat bereits in der Märzsession 2010 über diese Steuergesetzrevision entscheiden wird, ist Transparenz über die Konsequenzen dieser verschiedenen Steuerausfälle für die Stadt Bern dringend nötig.

Bern, 28. Januar 2010

Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB), Stéphanie Penher, Natalie Imboden, Aline Trede, Cristina Anliker-Mansour, Christine Michel, Jeannette Glauser, Rahel Ruch, Lea Bill, Luzius Theiler, Regula Fischer, Rolf Zbinden

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Zur kantonalen Steuergesetzrevision liegen noch keine Beschlüsse vor. Der Gemeinderat stützt sich auf den Beratungsstand der vorberatenden Grossratskommission und auf die inzwischen bekannt gewordenen Anträge des Regierungsrats für die 2. Lesung im März 2010.

Zu Frage 1:

Aufgrund der durch den Grossen Rat in der 1. Lesung beschlossenen Massnahmen wäre für die Stadt Bern mit jährlichen Mindereinnahmen von 16,2 Mio. Franken zu rechnen. Die vorberatende Grossratskommission hat weitergehende Änderungen beantragt, welche zu zusätzlichen Ausfällen von 3,1 Mio. Franken führen würden. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat den Verzicht auf Massnahmen beim Einkommenssteuertarif und beim Vermögenssteuertarif, was für die Stadt Bern um rund 10,4 Mio. Franken geringere Ausfälle bedeuten würde.

Zu Frage 2:

Insgesamt muss zum heutigen Zeitpunkt im schlechtesten Fall mit Mindereinnahmen von 19,3 Mio. Franken gerechnet werden, wovon ca. 10,2 Mio. Franken bereits 2011 wirksam würden, im besten Fall mit einem Steuerausfall von fast 10 Mio. Franken.

Zu Frage 3:

Der Verband Bernischer Gemeinden hat im Interesse der Gesamtheit der Gemeinden direkt beim Grossen Rat interveniert. Der Gemeinderat hat seinerseits die aus der Stadt Bern stammenden Mitglieder des Grossen Rats über die Auswirkungen informiert.

Zu Frage 4:

Bei den natürlichen Personen kann auf der Basis des Budgets von stabilen bis leicht steigenden Erträgen ausgegangen werden. Bezüglich der juristischen Personen muss mit einem Erlösausfall bis zu 30 % gerechnet werden.

Bern, 23. Februar 2010

Der Gemeinderat